Politische Revue

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

AHV und Kräfteverhältnisse

Im welschen Wochenmagazin «Hebdo» vom 17. Mai 1990 analysiert der kompetente Ökonom Marian Stepczynski die Situation der AHV und das 3-Säulen-System in einer Weise, die unserer Einschätzung recht nahekommt:

«Die 2. Säule ist faktisch das Musterbeispiel der Quadratur des Kreises nach Schweizerart. Es existrierten bereits manche Kassen – gute und weniger gute. Ihre Selbständigkeit wurde nicht oder kaum eingeschränkt. Doch gelang es, diesen spontan durch Vertragsverhandlungen oder auch durch paternalistische Selbstherrlichkeit entstandenen Gebilde einen bundesrechtlichen Überbau auzupfropfen, der fähig sein soll, gleichzeitig den Grundsatz der Solidarität zwischen den Altersklassen zu verwirklichen und eine minimale Freizügigkeit, die Wahrung der Interessen der Eintrittsgeneration, die Regeln eines gesunden Finanzgebarens und anderes mehr zu sichern. Mit dem Erfolg, dass schliesslich die ganze obligatorische Berufsvorsorge einem – den Informatikern wohlbekannten – «Spaghetti-Programm» gleicht. Indem man an der ursprünglichen Vorgabe herumlaborierte und -korrigierte, damit sie jedem Einzelfall gerecht wurde, wurden solche Programme nach und nach in Zeit-, Energie- und Rechenkapazitäten verschlingende Monster verwandelt. Die 2. Säule gleicht ihnen schon weitgehend ...
Sogar wenn man es sich natürlich zweimal überlegen müsste, bevor man das geltende System einfach beiseite schöbe, sollte man die Warnschreie der Pensionskassen-Verwalter vor dem, was sie als Versuche betrachten, die 2. Säule zu schleifen, als das nehmen, was sie sind: Jede wohlinstallierte Bürokratie wehrt sich mit Zähnen und Klauen, um das von ihr Vollbrachte zu rechtfertigen.»

Marian Stepczynski stellt sodann die Frage, ob wir die 2. Säule wirklich benötigen, und kommt zum Schluss, sie sei «Gott sei Dank! nicht der einzige Ort und die einzige Art der Kapitalbildung in unserer Wirtschaft» (...). «Darüber hinaus», meint der Ökonom, «besitzt die 2. Säule keinerlei ihr innewohnende Kraft, die es ihr erlauben würde, die makroökonomischen Rückwirkungen des sich am Horizont abzeichnenden demographischen Ungleichgewichts von sich aus abzudämpfen».

Seine Schlussfolgerung: «Die individuelle Kapitalbildung verstösst ihrem Wesen nach gegen den Begriff 'Solidarität'. Und dies nicht nur etwa gegen jene zwischen den Einkommensklassen, sondern – was uns hier interessiert – gegen jene der aufeinanderfolgenden Generationen. Dass die Alten morgen 'ihr eigenes Kapital aufessen' werden, macht eine Revolte der Aktivgeneration nicht weniger wahrscheinlich. Der Panzer der juristischen Unumstösslichkeiten mag in unserem Land noch so undurchdringlich sein, wie überall werden sich die rohen Kräfteverhältnisse Ausdruck verschaffen, wenn es die Umstände erfordern.» Was zu beweisen war. *(mpc)*

Eidgenössische (W)Affenliebe

In der «Schweizer Illustrierten» war in einem Report zu lesen, dass die Tessiner Regierung vom Bund ein restriktives Waffenverkaufsgesetz verlangt. Der Tessin will nicht länger Waffenladen der italienischen Maffia- und Terrorszene sein. Hanspeter Baumann, Präsident der aus Waffenhändlern, Sportschützen und Jägern bestehenden Waffenlobby «Pro Tell», beklagt im besagten Artikel, man wolle damit «unser Waffenrecht der italienischen Kriminalszene anpassen» und so «die Bewohner unseres Landes angestammter, traditioneller Freiheiten berauben». Der Druck der italienischen Regierung, um eine eidgenössische Handelsfreiheit einzuschränken, die in Italien Todesopfer zur Folge hat, findet der Waffenlobby-Präsident offenbar eine Zumutung. Die ausländerfeindliche Argumentation Baumanns ist aber reichlich kurz geraten. Wer beansprucht hier-

zulande schon «um die Ecke» automatische Waffen – Kalaschnikows, Uzis und wie die Mordinstrumente alle heissen – zu kaufen? Jedenfalls nicht Herr und Frau (Durchschnitts-) Schweizer. Aber offenbar ist bei «Pro Tell» auch in Friedenszeit das Menschenleben nicht gerade viel wert. *(mpc)*

Der Gewerbeverband und Europa

Die obesten Gewerbefunktionäre haben sich vor kurzem über ihre Europapolitik geäussert. Sie sagen «Ja. Aber ...» zu einer Annäherung an Europa. Der Inhalt des «Aber» sieht folgendermassen aus: keine Abstriche am Schweizer Föderalismus und am Initiativ- sowie Referendumsrecht; keine Übernahme der einheitlichen Europäischen Akte in den Bereichen Sozialpolitik, Kartellrecht, Gesellschaftsrecht, Konsumentenschutz und Ausländerpolitik. Darüber hinaus versichern die Gewerbler jedoch, dass «Opfer» nötig sein würden. – Wenn wir uns das «Ja. Aber ...» näher ansehen, wird es zu einem unmissverständlichen Nein zu Europa. Ein absolut unrealistisches Nein zudem. Das Gewerbe wird zuerst darunter leiden, wenn unser Kartellrecht oder die Ausländerpolitik unter europäischem Druck verändert werden.

Wir fragen uns wirklich, wo denn noch die zu erbringenden «Opfer» sein sollen, wenn der Gewerbeverband sozusagen alles ausklammert, was Gegenstand der Verhandlungen zwischen Efta und EG ist. *(jpm)*

40 Hotels sind genug

Bundesrat Villiger vergleicht seine 40 Waffenplätze immer wieder mit Hotels, nur sei deren Auslastung mit über 40 Prozent deutlich besser. Der Vergleich hat es in sich:

– Im Gegensatz zu den schweizerseits schlecht rentierenden Hotelbetrieben kann Bundesrat Villiger seine «Gäste» jederzeit aufbieten.

– Im Gegensatz zu der weltweit steigenden Zahl von Touristen nimmt die Zahl der Soldaten schon allein aufgrund kleiner werdender Jahrgänge tendenziell ab.

– Wer auf dem Hintergrund dieser Ausgangslage für über 100 Millionen Franken ein neues Hotel baut, anstatt die bestehenden auszulasten, würde in der freien Marktwirtschaft entlassen.

Dieses Beispiel zeigt: Das EMD versucht in Neuchlen-Anschwilen ein Symbol zu setzen. Ein objektiv überholtes Vorhaben soll durchgezogen werden: koste es, was es wolle. *(pb)*

EMD trotz PUK weiterhin Staat im Staat

Bekanntlich ist die PUK II (fürs EMD) nur gegen den heftigsten Widerstand des EMD und Kaspar Villigers durchgesetzt worden. Gemäss einem kürzlich erschienenen Pressebericht versuchen sich die EMD-Gewaltigen trotzdem einer vollständigen Durchleuchtung ihrer Tätigkeit zu entziehen.

Bundesrat Villiger hat nämlich seine Beamten brieflich angewiesen, der PUK die Aussage zu verweigern, wenn die Fragen nachrichtendienstliche Standorte oder Personen betreffen sowie in Sachen «Kaderorganisation für den Widerstand im feindbesetzten Gebiet». Das Militär versucht offensichtlich der demokratisch legitimierten parlamentarischen Untersuchung seiner vielfach umstrittenen Tätigkeit engere Grenzen zu setzen. Das alte Lied vom nicht kontrollierbaren, selbsterschaffenen, geheimen Staat im Staat. Gerade um hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen, haben wir seinerzeit die PUK II verlangt. Jetzt die Beamten anders zu instruieren, ist eine Missachtung des Parlaments. *(rz)*

Augenschein

Am 19. April haben ein paar Nationalrätinnen und Nationalräte – angeführt vom (damals noch) SPS-Präsidenten Helmut Hubacher – einen Augenschein des besetzten Baugeländes für den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen vorgenommen. Sie sind deshalb am 8. Mai vom EMD wegen Hausfriedensbruchs eingeklagt worden. Der «Blick» vom 15. Mai meinte, hier und bei anderen Beispielen sei Bundesrat Villiger schlecht beraten gewesen.

Am 19. Mai hat die «Interessengemeinschaft für sinnvolle und glaubwürdige militärische Ausbildungsplätze in der Ostschweiz» (ISGA) ebenfalls zu einem Augenschein auf dem Baugelände eingeladen. Ein paar hundert Leute seien gekommen. Und EMD-Chef Kaspar Villiger dankte ihnen mit einem vor Ort vorgelesenen Brief bestens für ihre Überzeugung.

Augenschein ist nicht immer gleich Augenschein, auch am gleichen Ort nicht. Aber die EMD-Berater sind immer die gleichen. *(rz)*